



Presseschau vom 20.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Lage: Mehr als 40.000 Donbass-Flüchtlinge im russischen Gebiet Rostow

Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland beherrschen seit Tagen das weltpolitische Klima. Die US-Regierung prophezeit eine "russische Invasion" der Ukraine, und Moskau dementiert dies stets erneut. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Anton Gentzen: Selenskij malt sich in München eine Welt zusammen

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij war am Sonnabend Gast auf der Münchener Sicherheitskonferenz und hat dort eine Rede gehalten. Mit Forderungen, Drohungen und Showeinlagen. ...

<https://kurz.rt.com/2tsp>

Christian Osthold: Darstellung des Kremls als Kriegstreiber ist faktenwidrig – Historiker zum Ukraine-Konflikt (Teil 2)

Seit Wochen befindet sich die europäische Diplomatie im Ausnahmezustand, wobei der Westen Russland Kriegsabsichten unterstellt. Aber wie realistisch ist ein Waffengang im Osten? Und stimmt es, dass Russland die parlamentarischen Demokratien Europas zerstören will? ...

<https://kurz.rt.com/2tlu>

wpered.su: „**Früher oder später werden wir anerkannt. Einen anderen Weg gibt es nicht.**“

Boris Litwinow erzählte „Antifaschist“, wie eine Anerkennung durch Russland das Leben der LDVR verändern wird – und was sein wird, falls dies nicht geschieht. ...

<http://wpered.su/2022/02/20/fruher-oder-spater-werden-wir-anerkannt-einen-anderen-weg-gibt-es-nicht-boris-litwinow-erzahlte-antifaschist-wie-eine-erkennung-durch-russland-das-leben-der-ld/>

Nachträge vom 19.2. tagsüber:

Dan-news.info: **Keine Evakuierung von Werken**

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der DVR plant die Regierung nicht, die Unternehmen des »Südlichen Bergbau-metallurgischen Komplexes GmbH« (JuGMK) zu evakuieren.

Seit Donnerstag Morgen hat sich drastisch verschärft. Seitdem beschießen die Kiewer Truppen die DVR aus allen Richtungen mit Panzerabwehrraketen, Granatwerfern und Kleinwaffen. Es gab auch Angriffe auf die Lugansker Volksrepublik, wo der Feind unter anderem 122 mm-Artillerie einsetzte. Der JuGMK erklärte, dass es seit April 2021 keinen derart massiven Beschuss mehr gegeben habe. [...]



https://dan-news.info/storage/c/2021/10/12/1634049133_125647_60.jpg

Vsednr.ru: **Bildungseinrichtungen geschlossen**

Seit gestern ist der Bildungsprozess in allen Einrichtungen der Republik ausgesetzt. Die entsprechende Verordnung wurde auf der Website des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DVR veröffentlicht. In dem Dokument heißt es, dass diese Entscheidung aufgrund einer drastischen Verschlechterung der militärischen Lage in der Republik getroffen wurde. Das akademische Personal wird weiter nach den gesetzlichen Bestimmungen bezahlt.

Dnrailway.ru / Dnr-live.ru: **Evakuierung per Bahn beginnt**

Der erste Zug verließ Jassinowataja um 8 Uhr morgens.

"Zehn Züge mit je zehn Wagen (900 Plätze) werden innerhalb eines Tages erwartet," sagte ein Vertreter des DVR-Zivilschutzministeriums (MČS). Man geht davon aus, dass die Menschen an der Grenze in Busse umsteigen müssen.

Das Oberhaupt der DVR, Denis Pušilin, hat aufgrund der drastischen Verschärfung der militärischen Lage gestern die zentralisierte Organisation einer Massenausreise der Bevölkerung in die Russische Föderation angekündigt.

"In den letzten Monaten haben wir täglich eine Zunahme von Truppen und tödlichen Waffen der Ukraine entlang der gesamten Kontaktlinie registriert, darunter Mehrfachraketenwerfer ›Smjerč‹ (»Tornado«) und ›Uragán‹ (»Hurrikan« – UdSSR), Panzerabwehrlenk Waffen NLAW (Schweden) und 'Javelin' (USA) sowie Boden-Luft-Raketen 'Stinger' (USA). Heute zielen ihre Waffen auf Zivilisten, auf uns und unsere Kinder. Die feindlichen Streitkräfte befinden sich in Kampfformation und sind bereit, den Donbass zu überfallen", so Pušilin.

Frauen, Kinder und ältere Menschen sollten zuerst evakuiert werden. Wir bitten Sie dringend, allem genau zuzuhören und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Eine vorübergehende Evakuierung rettet Leben und Gesundheit von Ihnen und Ihren Angehörigen".



<https://dnrailway.ru/wp-content/uploads/2022/02/eavakuatsiya-730x395.jpg>

abends/nachts:

snews.de: **Festgenommener ukrainischer Agent enthüllt Kiews Pläne zur Donbass-Eroberung**

Ein ukrainischer Agent ist kürzlich in Donezk festgenommen worden. Laut seinen Angaben wollen die ukrainischen Streitkräfte den Donbass gewaltsam erobern, berichtete der russische Fernsehsender „Perwyj Kanal“ am Samstag.

Der Mann heißt demnach Anton Matsanyuk, er arbeitete in der Zollabteilung der selbsterklärten Volksrepublik Donezk. Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit sollen ihn am 17. Februar in einer Mietwohnung in Donezk festgenommen haben.

„Donezk wird einem massiven Artilleriebeschuss ausgesetzt sein, und es ist ratsam, sich dort nicht in mehrstöckigen Wohnhäusern aufzuhalten, weil man sterben kann“, sagte Matsanyuk laut dem Sender.

In diesem Zusammenhang habe sein Kurator ihm geraten, Donezk zu verlassen und nach Schachtjorsk oder Tores zu fahren, die näher an der Grenze liegen, hieß es.

Des weiteren habe das ukrainische Militär geplant, so Matsanyuk, selbstgebaute Bomben auf wichtige Objekte (Brücken, Bahnhöfe) in Donezk zu legen. Dafür soll der Agent auch Leute zur Ausübung von Anschlägen rekrutiert haben. Zudem musste der festgenommene Mann führende Minister in Donezk überwachen und freien Grenzübergang der für Kiew „notwendigen“ Güter gewährleisten.

Laut dem Agenten haben ukrainische Soldaten unter anderem kürzlich illegal das Territorium von Belarus betreten, um das Gebiet der Übungen mit Russland „Bündnis-Entschlossenheit

2022“ zu erkunden.

Außerdem werde der Mann verdächtigt, an der Explosion des Autos des Leiters der Donezker Volksmiliz, Denis Sinenkow, beteiligt gewesen zu sein. Matsanyuk habe „den ukrainischen Geheimdienst über die Bewegungen von (...) Sinenkow informiert“.

Die selbsternannten Donbass-Republiken Donezk und Lugansk melden derzeit einen verstärkten Beschuss seitens ukrainischer Streitkräfte, unter anderem mit durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Munition. Wegen der Gefahr einer ukrainischen Offensive evakuieren die Volksrepubliken seit Freitag ihre Bewohner nach Südrussland.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_zaderzhannyj.jpg

snews.de: **Johnson: Nato ist friedliches defensives Bündnis**

Die Nato ist nach Worten des britischen Premiers Boris Johnson ein friedliches und defensives Bündnis.

„Wir sind bereit, mit Präsident (Wladimir) Putin zusammenzuarbeiten, um diesen Punkt vor Augen zu führen und ihm die Zusicherungen zu geben, die er möglicherweise braucht“, sagte Johnson am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

Man sollte weiterhin alles tun, um den Weg des Friedens und des Dialogs zu gehen. Es gebe einen Weg nach vorn, wenn Präsident Putin bereit wäre, ihn zu akzeptieren: Erforderlich sei eine Diskussion über Bedrohungen, die er zu sehen vorgibt. „In Wirklichkeit sind diese Bedrohungen, wie wir alle wissen, eine Illusion.“

Sie seien ein Produkt der chronischen, aber fehlerhaften Sicht des Kremls auf die Nato als auf ein Bündnis, das anderen angeblich nur Schrecken einjage. Das sei nicht die Aufgabe der Allianz.

Johnson setzt auf „strategisches Durchhaltevermögen“

„Was Europa braucht, ist strategisches Durchhaltevermögen, und wir sollten unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, unsere Einheit zu wahren und die transatlantische Kooperation auszubauen.“

Aber damit das funktioniert, müsste Europa auch bereit sein, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen, um einen größeren Teil der Last für die Wahrung der Sicherheit auf dem Kontinent zu tragen und zu zeigen, dass „wir auf lange Sicht dabei sind“, unterstrich Johnson.

Russlands Forderungen nach Sicherheitsgarantien

Russland sieht sich durch die Nato-Erweiterung in seiner Sicherheit bedroht. In seinen jüngsten Forderungen nach Sicherheitsgarantien verlangt der Kreml vom Westen ein Ende der Nato-Osterweiterung und den Verzicht auf die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken wie Ukraine und Georgien. Das Nordatlantische Bündnis lehnt diese Forderungen als nicht hinnehmbar ab, bietet Russland zugleich einen Dialog zu Problemen der Sicherheit an,

allerdings zu zweitrangigen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/13/5433049_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_0d24b10519c97faac260161262074758.jpg

rusvesna.su: **Das Alter des ukrainischen „Volkssturms“ soll auf 70 Jahre erhöht werden**

Die Altersgrenze für Territorialverteidigungsreservisten in der Ukraine könnte auf 70 Jahre angehoben werden. Dies wurde vom Stabschef, dem stellvertretenden Kommandant der Territorialverteidigungskräfte der Streitkräfte der Ukraine, Sergej Sobko angekündigt.

„Einige Menschen wollen und haben die Kraft, in der Territorialverteidigung zu dienen, können aber wegen ihres Alters nicht. Wir überlegen, wie wir das beheben können. Vielleicht schlagen wir vor, das Alter anzuheben – von 60 auf 65 oder auf 70 Jahre“, sagte er.

Im ukrainischen Segment der sozialen Netzwerke wird die Territorialverteidigung regelmäßig verspottet und mit Hitlers letzter Hoffnung verglichen - den Volkssturm-Abteilungen.

Zur Geschichte:

Der „Volkssturm“ waren Verteidigungseinheiten Nazi-Deutschlands, die in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurden, um den Angriff der Anti-Hitler-Koalition auf seinem Territorium abzuwehren. Die Mitglieder der Organisation waren nach dem Verteidigungsgesetz Soldaten und wurden im Falle des Einsatzes ihrer Abteilungen für militärische Operationen Teil der deutschen Armee. Organisatorisch wurde der Aufbau des Volkssturms der NSDAP übertragen, militärisch war er Himmler unterstellt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_territorialnaya_oborona_ukrai

[na.jpg](#)

snanews.de: **Nach Scholz' Aussage: Russisches Außenamt schickt Deutschland Belege zu Massengräbern im Donbass**

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hat in ihrem Telegram-Kanal angekündigt, als Reaktion auf die Äußerung von Bundeskanzler Olaf Scholz über die „Lächerlichkeit“ der Völkermordvorwürfe im Donbass diesbezügliche Materialien an Deutschland zu senden.

„Ich wende mich an Kollegen im Auswärtigen Amt. Im Zusammenhang mit den Äußerungen von Bundeskanzler Scholz über die 'Lächerlichkeit der Völkermordvorwürfe im Donbass' werden wir Ihnen in Kürze Materialien zu Massengräbern in dieser Region zukommen lassen, damit sich die deutsche Führung damit vertraut machen kann“, schrieb Sacharowa.

Es sei nicht möglich, diese Dokumente zu veröffentlichen, da jede Plattform sie als einen „unangemessenen Inhalt“ blockieren würde, hieß es.

Entsprechende Papiere seien bereits nach Washington geschickt worden, fügte die Sprecherin hinzu. Dabei warnte sie, dass „selbst diejenigen, die alles gesehen haben, es nicht sehen können“.

„Solange eine Depesche für Sie auf diplomatischem Wege vorbereitet wird, studieren Sie die Daten, welche sich im öffentlichen Raum befinden“, so Sacharowa.

Am Dienstag hatte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit Bundeskanzler Olaf Scholz zur Situation um die Ukraine gesagt, dass nach Einschätzung der russischen Seite das, was heute im Donbass geschehe, Völkermord sei. In seiner Rede auf Englisch bei der Münchner Sicherheitskonferenz bezeichnete Scholz diese Einschätzung als „ridiculous“ („abwegig“), was auch „lächerlich“ bedeutet. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

rusvesna.su: **Der Vorsitzende der Staatsduma gab eine scharfe Erklärung zum Donbass ab**

Der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, gab auf seinem offiziellen Telegram-Kanal eine scharfe Erklärung ab, in der er darauf hinwies, dass bei der nächsten Sitzung der Duma die Frage einer Reaktion auf die ukrainische Aggression im Donbass und die unvermeidlichen Sanktionen des Westens behandelt werden würde.

„Kiew beschießt seit Tagen die DVR und LVR. Tausende Flüchtlinge, Frauen mit Kindern, fliehen vor dem Krieg.

Heute findet in München eine Sicherheitskonferenz statt. Frage: Hat sich einer der europäischen Politiker Sorgen um das Schicksal der Zivilisten im Donbass gemacht, die gezwungen sind, ihre Häuser zu verlassen? Nein.

Der deutsche Bundeskanzler findet es lustig, was in der DVR und LVR passiert. Er sieht es

nicht als Völkermord an. Eine unerklärliche und zynische Aussage angesichts der Geschichte Deutschlands.

Anstatt sich um das Schicksal und Leben der Menschen zu sorgen, versuchen die Politiker der westlichen Staaten, das Verhalten Kiews zu rechtfertigen, indem sie wie ein Mantra Drohungen gegen uns wiederholen: Wenn Russland sich für seine Bürger und Landsleute einsetzt, die in der DVR und LVR leben, werden wir Sanktionen in einem beispiellosen Ausmaß verhängen. Es ist nötig, sich dazu zu äußern. Es vergeht kein Tag, an dem die USA und die EU nicht über dieses Thema sprechen.

Über Sanktionen. Erstens machen sie niemandem Angst - wir leben seit 8 Jahren unter solchen Bedingungen. Ja, das schafft Probleme, es ist besser zu kooperieren und Beziehungen aufzubauen als Konflikte. Aber die Einführung von Beschränkungen war nicht unsere Wahl. Zweitens sind sich alle einig: Es wird weiterhin Sanktionen gegen Russland geben. Es spielt keine Rolle, ob wir etwas getan haben oder nicht, ob wir etwas tun oder nicht:

Washington und Brüssel werden immer etwas finden, was sie uns vorwerfen. Darüber sprach Wladimir Putin gestern auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit Alexander Lukaschenko.

Der Grund ist ein einziger - sie wollen die Entwicklung unseres Landes stoppen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir werden diese Fragen bei der nächsten Sitzung der Staatsduma erörtern.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/save_donbass_children_4.jpg

snaews.de: **Polen hält weitere Waffenlieferungen an die Ukraine für möglich**

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat bei einer Debatte während der Münchner Sicherheitskonferenz am Samstag von der Bereitschaft gesprochen, zusätzliche Mengen an Verteidigungswaffen an die Ukraine zu liefern. Dies berichtet der polnische TV-Sender TVN 24.

Polen sei bereit, die Ukraine mit zusätzlichen Verteidigungswaffen zu versorgen, erklärte Morawiecki. Sie sollten zur Verteidigung ihres Territoriums und ihrer Bevölkerung „vor der Aggression der russischen Truppen“ dienen.

Auch gab der polnische Premier an, das Thema bereits vor einigen Tagen in Brüssel bei einem Treffen des Europäischen Rates diskutiert zu haben.

„Einige unserer westlichen Partner“ seien in dieser Frage vor wenigen Wochen „ambivalent“ gewesen, hieß es. „Heute kann ich sagen, dass wahrscheinlich jeder in der Europäischen Union, auch diejenigen, die etwas weiter westlich von Moskau leben, die Gefahr versteht, die Europa droht. Sie verstehen, dass diese schwarzen Wolken nicht nur für die Ukraine gefährlich sein können, sondern auch etwas sehr Schlechtes für die Europäische Union bedeuten können“, sagte Morawiecki.

Zuvor hatte Polen damit begonnen, die Ukraine mit Granatwerfern, tragbaren

Luftabwehrsystemen, Drohnen und Munition zu beliefern. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0c/3930901_0:0:3078:1731_1920x0_80_0_0_b85e0017f509a9c1c099561d8f54dbcc.jpg

snanews.de: **Blinken: Idee des Völkermords im Donbass „falsch“**

Der US-Außenminister Anthony Blinken hat in einem Interview mit russischen Medien die Vorstellung über einen Völkermord in der Konfliktregion Donbass im Osten der Ukraine als „völlig falsch“ bezeichnet.

„Erstens ist die Idee des Völkermords völlig falsch, und ehrlich gesagt ist sie beleidigend, sie wertet das Wort selbst ab, um es milde auszudrücken“, sagte Blinken.

So etwas passiere einfach nicht, fügte er hinzu.

„Woher wissen wir das? (...) Jenseits der Trennlinie, auf der ukrainischen Seite, (...) arbeiten die OSZE-Beobachter. Sie überprüfen, was dort passiert und was nicht passiert“, erklärte der US-Außenminister.

Zudem spekulierte er über einen Angriff auf Kiew und sagte dabei, dass die USA notfalls auf die russische Aggression reagieren würden.

„Wenn es eine Chance gibt, einen diplomatischen Weg zu finden, um diese Situation zu lösen, bin ich entschlossen, dies zu tun. Aber wenn wir auf die russische Aggression reagieren müssen, werden wir es tun“, so Blinken.

Ein Angriff auf Kiew, wo fast drei Millionen Menschen leben würden, wäre eine Katastrophe, hieß es. Er gehe aber davon aus, dass auch Russland zu Schaden kommen werde, da „die Ukrainer dem russischen Militär nicht mit offenen Armen begegnen werden (...)“. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/07/4928582_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_2f147f6f68de00efa4285bc61c944d8.jpg

novorosinform.org: Ein weiteres Flugzeug mit Waffen aus Kanada ist in der Ukraine angekommen

Der Verteidigungsminister der Ukraine hat die angekommene Ladung als Hilfe zur richtigen Zeit bezeichnet.

Ein weiteres Flugzeug mit Waffen traf aus Kanada in Kiew ein. Die Ukraine erhielt Scharfschützengewehre, optische Visiere, Nachtsichtgeräte und andere militärische Ausrüstung. Dies teilte der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow auf seiner Twitter-Seite mit.

„Wir haben militärische Unterstützung in Form von Gewehren, Maschinengewehren mit optischen Zieleinrichtungen, Nachtsicht- und Überwachungsgeräten sowie militärischer Ausrüstung erhalten. Vielen Dank für diese wichtige und rechtzeitige Entscheidung“, schrieb Resnikow.

Er nannte die Führung Kanadas, die Waffen in die Ukraine lieferte, "enge Freunde".



https://novorosinform.org/content/images/94/20/39420_720x405.jpg

de.rt.com: Annalena Baerbock: "Frauen und Kinder wollen nicht evakuiert werden"

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hatte drei Auftritte auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz. Am Freitag musste sie Fragen des Ex-Boxers Klitschko beantworten, am Samstag bezweifelte sie, dass die Evakuierung von Frauen und Kindern aus dem Donbass echt sei.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete in ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am Samstag den russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze als "inakzeptabel". Dies sei keine Ukraine-Krise, sondern "eine Russland-Krise". Moskau müsse seine Truppen von der ukrainischen Grenze abziehen, man wolle Taten sehen.

Für den Fall eines russischen Angriffs kündigte Baerbock "massive Konsequenzen" an, die auch die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 treffen würden. Derzeit arbeite man mit aller Kraft an konstruktiven Wegen aus der Krise, so im Normandie-Format mit Frankreich, Russland und der Ukraine, außerdem in der EU und in der NATO.

Seit 2014 habe die westliche Staatengemeinschaft der Ukraine über 48 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Auch in Zukunft, versprach die deutsche Außenministerin, werde man der Ukraine die Mittel zur Verfügung stellen, die ihre finanzielle Stabilität gewährleisten.

Überraschend hatte das Auswärtige Amt am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz ein außerordentliches Treffen von Außenministern der G7-Staaten organisiert. Auch der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba war zu diesem Treffen eingeladen.

In der kurzen Pressekonferenz nach den Gesprächen mit ihren Amtskollegen der anderen G7-Staaten behauptete die deutsche Außenministerin, dass die Schuld Russlands an der künftigen

Eskalation feststehe und keine "False-Flag-Aktion" oder Provokation von dieser feststehenden Schuld werde ablenken können.

Auf Berichte über die von den selbst ernannten Verwaltungen der Volksrepubliken im Osten der Ukraine am Freitag angeordnete Evakuierung von Frauen und Kindern aus den abtrünnigen Gebieten des Donbass angesprochen, sagte Baerbock, sie kenne Berichte, wonach die zu Evakuierenden nicht in die bereitgestellten Busse einsteigen wollten. Die Ukraine habe keinen Grund für die Evakuierungen gegeben.

In diesem Zusammenhang unterstrich die deutsche Außenministerin die Bedeutung der OSZE-Beobachtermissionen vor Ort. Diese seien die "Augen und Ohren der internationalen Staatengemeinschaft" und in der derzeitigen Situation wichtiger denn je. Baerbock machte deutlich, dass sie russische Berichte über den laufenden Rückzug eines Teils der Truppen an ihre gewöhnlichen Stationierungsorte bezweifelt. Es habe ermutigende Signale gegeben, aber die Bedrohungslage sei "weiterhin real". Die Außenministerin wörtlich:

"Dies ist jetzt einer der gefährlichsten Momente, wo aus Provokation und Desinformation Eskalation werden kann."

Während der Rede der deutschen Außenministerin hatte sich der ebenfalls in München anwesende Kiewer Bürgermeister und Ex-Boxer Vitali Klitschko aus dem Publikum gemeldet und warb eindringlich für deutsche Waffenlieferungen an sein Land. "Vielen Dank für die 5.000 Helme", wandte er sich an Baerbock, "aber das ist nicht genug."

Baerbock entgegnete, der Bundesregierung liege eine neue Liste der Ukraine mit Bitten um militärische Hilfe vor, und sagte eine Prüfung zu. Hoffnung auf Waffenlieferungen machte sie Klitschko nicht. Sie führte stattdessen aus, dass Deutschland aus historischen Gründen restriktive Waffenexportrichtlinien habe. Dafür habe die Bundesrepublik der Ukraine mit finanzieller Unterstützung und diplomatisch geholfen. Es sei wichtig, dass die Ukraine nicht durch einen wirtschaftlichen Kollaps von innen destabilisiert werde. Die finanziellen Zuwendungen seien daher genauso wichtig wie militärische Hilfe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62112afcb480cc5a3643551b.jpg>

snanews.de: **Polen schlägt Abschaltung von Nord Stream 1 vor**

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat vorgeschlagen, den Transport von russischem Gas durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 zu stoppen.

„(Russlands Präsident Wladimir) Putin nutzt Gas als Waffe. Eben deshalb sind wir kategorisch gegen die Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2 und schlagen zugleich vor, die Abschaltung von Nord Stream 1 zu erwägen“, sagte er am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

Morawiecki zufolge sollte russisches Gas nach Europa über die Ukraine fließen. Das ukrainische Gastransportsystem habe eine Durchsatzkapazität von rund 130 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, während die beiden Nord-Stream-Leitungen rund 100 Milliarden

Kubikmeter transportieren würden.

Putin werde die Ukraine nicht so leicht angreifen können, wenn er auf die Erfüllung seiner Verträge über den Gastransit durch die Ukraine angewiesen sein werde. Eine ähnliche Situation habe es vor der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 gegeben, sagte der polnische Premier.

Die russische Führung weist immer wieder darauf hin, dass es sich bei Nord Stream 2 um ein rein ökonomisches Projekt handele. Präsident Putin zufolge würde die Inbetriebnahme der vor Monaten fertiggestellten Leitung die Gaskrise in Europa entschärfen und die Preise stabilisieren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/15/4050021_0:157:3083:1891_1920x0_80_0_0_ec5c98804f892a003fa4779d7c369f70.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Februar 2022 wurden 49 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Perwmajsk, Metallist, Slawjanoserbsk, Shelobok, Sansharowka, Solotoje-5, Sholtoje, Kalinowo, Rajowka, Donezkij, Wesjolaja Gora, Debalzewo, Sokolniki, Kalinowka, Wsjologorowka, Krasnyj Liman, Losowoje, Golubowskoje, Komissarowka, Frunse, Logwinowo, Obosnoje, Schischkowo, Nishneje Losowoje, Christowoje, Malaja Wergunka** unter Einsatz von 122mm-Artillerie, Mörsern, Granatwerfern, Mörsern, Antipanzerlenkraketen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Insgesamt wurden **507 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

rusvesna.su: Beschuss eines Kindergartens in der Nähe von Lugansk - sehr seltsame Umstände

Der Hauptbeweis für die Nichtbeteiligung des LVR am Beschuss des Kindergartens: Die Hauptursache für die Eskalation der Situation im Donbass – der Beschuss des Kaska-Kindergartens in Staniziat Luganska auf dem von der Ukraine besetzten Territorium der LVR – wurde zum Thema wütender Diskussionen in den Medien und sozialen Netzwerken. Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba sagte, Kiew werde alles tun, um der Welt zu vermitteln, dass der Beschuss aus dem von der LVR und der DVR kontrollierten Gebiet erfolgt sei.

Gleichzeitig behauptet die LVR, dass das Projektil aus dem Osten gekommen sei, und beruft sich auf die Analyse von Daten über den Standort des Kindergartens, den Winkel, in dem die

Wand getroffen wurde, und die Flugbahn des Projektils.

Darüber hinaus nennen viele Blogger, Experten und einfach besorgte Bürger dies ein von Kiew inszeniertes Ereignis, um die Spannungen zu eskalieren. Das Hauptargument ist, dass KEINE EINZIGE Fensterscheibe des Kindergartengebäudes zu Bruch gegangen ist.



https://cdn4.telesco.pe/file/pq6osmz_xs-Na1i7WZA0dUI6f7YoDzMLxJa1RfVY7226ydb0edUcFU99uSnLIVua8tdPPKQHSBYzqsir7OBZ4AjhDAhJu31oEv4UgRdYKBmKsIFc7wTPh_T1p-C6PTH1IXPGSUAJ9bfINyrH5LLqvnsz738JQXsHy0LJFZDyktka-gF2aNZwWv-Vu-TOoT1abUnUVKyyv9RFu7-Ekrhj9i2I_-i9B4NTRCxpISfOQRlJgYVaNvI12vSohZUUXazAPKkLC0leTM0A_yX127eVXcQ598kNII1gGFZQnnCp9OzYGAjaSOvSe4bZnwjDvY9LxFoqo4bpaMAEByCDq5eBdeg.jpg

Außerdem rührten sich die meisten Gummibälle, die sich auf einem Regal in der Nähe der Wand befanden, durch die das Projektil angeblich geflogen war, nicht einmal!

Wenn diese ganze Situation früher noch Fragen und Zweifel aufgeworfen hat, ist es jetzt möglich, auf jedes i einen Punkt zu setzen: Die Selenskij-Regierung weigerte sich, OSZE-Beobachter hereinzulassen, um sich mit den Folgen des Beschusses des Kindergartens in Stanizia Luganska vertraut zu machen. Der Einsatzbericht besagt, dass die Beobachter das beschädigte Gebäude nur aus einer Entfernung von etwa 50 m von der Nordostfassade und etwa 30 m von der Südwestfassade beurteilen konnten.

Was ist aus 50 m Entfernung zu sehen? Offensichtlich ist die Weigerung, unabhängige Beobachter es untersuchen zu lassen, eine direkte Bestätigung für Kiews Beteiligung an diesem Abenteuer. ...



https://cdn4.telesco.pe/file/HTGoPMKUxuljMxAkg7mYuOGkUYas25K00FZqrnVNPjkkqjUhzRbHQjrUJQsYqo4Cn8ZCE8ILRNMoqrWZNZR2m6v4opA8d2t9iMh9hMnRGNDSG-SXEgIOZPNxkOxDU2vy4JyKu1CgAJVpEz5sQyksp80fgaeAIXWBPob1IQcm-BuMh0Q0XfW6KoYAj6WsmTbmG8Cc5N-21jTQzc9U7Wu2lNWRn4c45KD5YY1QsVaKjaH8uSo1jWc2FTuxvTflMeREurVVTzO8AdCKL3rQN01LEKbsUd_EVDTEI1ksSRDPmEEQmkKTn4tKaVtyu36GShogLdUji3AiiHRoSbllMnTdug.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. Februar 3:00 Uhr bis 20. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK 82 Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Infolge des Beschusses auf Sajzewo (jushnoje wurden folgende Schäden festgestellt:

- Uliza Rybalko 186 (Zaun des Wohnhauses);
- Uliza Rybalka 192 (Fensterverglasung des Wohnhauses, Tor und Fensterverglasung der Garage, ein Auto wurde durch Splitter beschädigt).

Außerdem wurde in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern auch ein nicht detoniertes Geschoss gefunden.

Infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU in Richtung Kominternowo wurde ein Zivilist, geb. 1938, verletzt.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge von Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU Wohnhäuser in der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirks von Donezk und in der Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka beschädigt.

Außerdem wurden durch Beschuss seitens der BFU Radiatoren beschädigt, Stromleitungen durchschlagen, es gab einen Austritt von Öl an einer Transformatorstation und einen Brand an einem anderen Transformator an der Wassiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, daraufhin wurde die Pumpstation stillgelegt, die Donezker Filterstation wurde auf eine Reservewasserzufuhr umgestellt. Während der Erfassung der Folgen der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung durch eine operative Gruppe der DVR im GZKK im Gebiet der Jushnodonbasskij-Wasserwerke wurde wieder von Seiten der BFU das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren eröffnet.

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Dolomitnoje, Sajzewo, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Shelesnaja Balka, Oserjanowka, Schirokaja Balka, Wassiljewka, Werchnetorezkoje, Wesjoloje, Spartak, Donezk (Donezker Chemiewerk, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Kommunarowka, Styla, Petrowskoje, Nowolaspa, Starolaspa, Krasnyj Oktjabrj, Belaja Kamenka, Grigorowka, Sosnowskoje, Tawritscheskoje, Dsershinskoje, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka, Oktjabrj, Besymennoje.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 1120.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 49 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

rusvesna.su: **Kämpfe in der LVR: Der Feind versuchte, am Sewerskij Donez durchzubrechen**

Die Redaktion von Russkaja Wesna erhielt den Text einer Sondermitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR.

Wie bekannt wurde, versuchten Kämpfer der 79. Luftlandebrigade gegen 5 Uhr morgens am 20. Februar, die Stellungen der Volksmiliz im Gebiet des Dorfes Pionerskoje an der Überquerung des Flusses Sewerskij Donez anzugreifen.

Infolge der Zusammenstöße erlitt der Feind Verluste und zog sich zurück.

Die kriminellen Aktionen der ukrainischen bewaffneten Gruppen führten zur Zerstörung von fünf Wohngebäuden und Opfern unter der Zivilbevölkerung. Weitere Informationen werden noch ermittelt.

Aktualisierung:

Wie inzwischen bekannt wurde, wurden Zivilisten bei dem Durchbruchversuch der Streitkräfte der Ukraine getötet.

„Nach aktualisierten Daten wurden infolge der Aggression ukrainischer Kämpfer im Gebiet der Siedlung Pionerskoje zwei Zivilisten getötet und fünf Häuser zerstört. Derzeit werden die Leichen aus den Trümmern geborgen“, sagte ein Vertreter der Volksmiliz der LVR.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_tank_obstrel.jpg

Mzdnr.ru: Am 19. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 113 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 18 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 51 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1428 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 524 mit Sauerstoffunterstützung (+11 in den letzten 24 Stunden).

Am 20. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 150.812 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

27.405 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 114.375 als gesund entlassen, es gibt 9651 Todesfälle.

snanews.de: **EU verurteilt Einsatz schwerer Waffen und wahllosen Beschuss ziviler Gebiete in Ostukraine**

Die EU hat auf die Zunahme der Waffenstillstandsverletzungen entlang der ukrainischen Grenze in den letzten Tagen hingewiesen und Russland nachdrücklich dazu aufgefordert, eine Deeskalation herbeizuführen, indem es seine Streitkräfte aus der Nähe der ukrainischen Grenze weitgehend abzieht. Das teilte der Sender CNN mit.

„Die EU verurteilt den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete, die einen klaren Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen und das humanitäre Völkerrecht darstellen“, hieß es in der Erklärung des Hohen Vertreters der EU vom Samstag.

Dabei lobte er die Ukraine für ihre „zurückhaltende Haltung angesichts der anhaltenden Provokationen und Destabilisierungsversuche“ und äußerte sich besorgt über „inszenierte Ereignisse“, die als „Vorwand für eine mögliche militärische Eskalation dienen könnten“. Diese Erklärung erfolgte, nachdem ukrainische Beamte ihre Besorgnis über zu erwartende „Provokationen“ in den abtrünnigen Regionen in der Ostukraine geäußert und erklärt hatten, dass sie davon ausgehen würden, dass Russland dort unter falscher Flagge beteiligt sei.

„Die EU fordert Russland dringend dazu auf, einen sinnvollen Dialog zu führen, Diplomatie zu betreiben, Zurückhaltung zu zeigen und die Situation zu deeskalieren.“

Am Freitag hatten die Außenminister Deutschlands und Frankreichs erklärt, sie sähen „keinen Grund“ für die Behauptung der Donezker Volksrepublik, und warnten davor, dass „inszenierte Zwischenfälle als Vorwand für eine mögliche militärische Eskalation missbraucht werden könnten“.

Die EU erklärte außerdem, sie beobachte verstärkte „Bemühungen zur Informationsmanipulation“, und brachte ihre Unterstützung für die Sonderbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Ausdruck, indem sie ihre Mandat-Ausübung ohne Einschränkungen forderte.

Die selbsternannten Donbass-Republiken Donezk und Lugansk melden ihrerseits derzeit einen verstärkten Beschuss seitens ukrainischer Streitkräfte, unter anderem mit durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Munition. Wegen der Gefahr einer ukrainischen Offensive evakuieren die Volksrepubliken seit Freitag ihre Bewohner nach Südrussland.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/07/0c/2804932_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_41dc4f60a7413649f04c71e92db4e143.jpg

Armiyadnr.su: **Aufruf des Leiters der Volksmiliz der DVR Generalmajor D.A. Sinenkov**

Sehr geehrte Freunde, liebe Landsleute!

Während der ganzen Woche sind an der Grenze unserer Heimat Schüsse und Detonationen zu hören, die für keinen Augenblick nachlassen.

Unsere Mütter, Väter, Frauen und, am schlimmsten, unsere Kinder sind in Gefahr.

Der Feind macht vor nichts halt. Er beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur und der Lebenserhaltung, organisiert terroristische Akte sowohl entlang der Grenze als auch in der Hauptstadt unserer Republik, in Donezk. Die Streitkräfte des Gegners sind bereit zu einer gewaltsamen Besetzung des Donbass. Kiew hat mit Billigung der Westler mit der Umsetzung eines Plans zum Angriff auf das Territorium unserer Republik begonnen.

Im Zusammenhang mit der bestehenden Situation hat das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik eine schwierige Entscheidung getroffen und die allgemeine Mobilmachung ausgerufen.

Ich bitte alle zum Militärdienst verpflichteten Bürger, denen das Schicksal des Donbass nicht gleichgültig ist, eindringlich, in die Militärkommissariate der Republik zu kommen und die Reihen der Verteidiger unserer Heimat zu füllen.

Für uns ist jeder Mensch wichtig, jeder Soldat, jeder Waffengefährte.

Lassen Sie uns den Ruhm und die Ehre der Republik, unseren Willen und unsere Meinung angesichts des Feindes verteidigen.

Wir werden zeigen, dass Geist und Kraft der Krieger des Donbass nicht von den ukrainischen Ursupatoren zerschlagen werden kann.

Alle Militärkommissariate sind bereit zur Arbeit und erwarten Sie in ihren Mauern, Verteidiger.

rusvesna.su: **Kampf in Donezk: DVR-Spezialeinheiten zerschlugen eine feindliche Gruppierung**

Soeben wurde bekannt, dass von Spezialeinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR eine Tragödie in Donezk verhindert wurde.

Am 19. Februar blockierten Spezialeinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit der Volksrepublik Donezk in Donezk eine feindliche Sabotage- und Terroristengruppe, die plante, elektrische Umspannwerke, Gasleitungen und Filterstationen auf dem Territorium der Republik zu sprengen.

Bei dem Versuch, sie festzunehmen, leisteten sie bewaffneten Widerstand, zwei Soldaten der Spezialeinheiten erlitten Schusswunden.

Dank der Spezialoperation wurde die kriminelle Aktivität von Vertretern des terroristischen

Kiewer Regimes gestoppt, und es gab keine kritischen Schäden an der Infrastruktur.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/speznaz_mgb_dnr_0.jpg

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen rund um die Uhr intensiv zivile Infrastruktur und Lebenserhaltungsobjekte unserer Republik. Dabei erklärt Kiew auf allen politischen Ebenen seine friedlichen Absichten.

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **82-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**. Davon 65 mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, dabei wurden 780 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Auf das gesamte Territorium der DVR wurden mehr als 1120 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten abgefeuert.

Neben dem Beschuss setzt Kiew zur Verstärkung der Panik unter der Zivilbevölkerung und zur Unterminierung der Situation in der Republik weiter terroristische Methoden des Krieges ein und schickt Diversanten, um terroristische Akte an lebenswichtigen Objekten zu organisieren.

Seit Beginn der Eskalation haben wir fünf Diversionen festgestellt, wovon eine von Kämpfern des „Rechten Sektors“ begangen wurde.

Nach Angaben unserer Aufklärung plan der Gegner neue terroristische Angriffe sowohl gegen zivile Infrastruktur als auch gegen friedliche Einwohner. Wir rufen unsere Mitbürger auf, wachsam zu sein.

Meinerseits erkläre ich offiziell, dass die Volksmiliz und alle militärischen Strukturen der Donezker Volksrepublik rund um die Uhr Dienst tun und zu einer angemessenen Antwort auf die Aggression der ukrainischen Kämpfer befreit sind.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **12-mal die Ortschaften der Republik** mit 122mm-Artilleriesystemen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern **beschossen**. Infolge von Beschuss wurde die Stromversorgung von 240 Haushaltsverbrauchen in Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje und Dsershinskoje unterbrochen.

snanews.de: **Großbritannien errichtet Zentrum zur Bekämpfung russischer „Desinformation“ –Außenministerin**

Angesichts des Ukraine-Konflikts hat Großbritanniens Außenministerin Liz Truss in einem

Interview mit der britischen Boulevardzeitung „The Mail on Sunday“ die Eröffnung eines staatlichen Informationszentrums zur Bekämpfung russischer „Fehlinformationen“ angekündigt.

Das Weiße Haus bezeichnete die russische Mitteilung zum Teilabzug der Truppen von Übungsplätzen im Süden und Westen des Landes als „nicht wahr“, auch die Britin schloss sich den Behauptungen an. Angesichts der Situation rund um die Ukraine seien Maßnahmen notwendig, beispielsweise die Eröffnung eines staatlichen Informationszentrums zu Russland und der Ukraine.

„Seit Anfang dieses Monats wurden bereits 40 russische Falschinformationen veröffentlicht“, behauptete Truss.

Die „russischen Desinformationskampagnen – einschließlich Behauptungen über den Abzug russischer Truppen“ – hätten den Ukraine-Konflikt erschwert.

„Es gab nie einen Abzug, alles, was wir gesehen haben, ist der Truppenaufbau an der Grenze und wir glauben immer noch, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass Putin einmarschieren wird, und darauf müssen wir uns vorbereiten“, erklärte die Außenministerin.

Maßnahmen seien notwendig, um der „Desinformation“ entgegenzuwirken. Truss gab die Eröffnung des Informationszentrums zu Russland und der Ukraine bekannt.

„Wir wehren uns, wir arbeiten mit unseren Verbündeten zusammen, damit Putin nicht weiter versuchen kann, Dinge zu behaupten, die nicht wahr sind“, so die britische Außenministerin. Es sei das erste Mal seit Ende des Kalten Krieges, dass eine solche Abteilung eingerichtet worden sei.

Ferner betonte Truss die Bedeutung der britischen Waffenlieferungen an die Ukraine für die „Verteidigung“ des Landes.

Zuvor hatte Truss eine Invasion der russischen Truppen in die Ukraine als „sehr wahrscheinlich“ bezeichnet, obwohl die russischen Truppen nach ihrem abgeschlossenen Manöver in ihre Stationierungsorte zurückkehren.

Angebliche Erhöhung der Truppenpräsenz

Das Weiße Haus behauptete in einer Pressemitteilung, die russische Mitteilung über den Teilabzug russischer Truppen im Süden und Westen des Landes sei „falsch“. Russland suche nach einem „falschen Vorwand“, um „eine Invasion in die Ukraine zu rechtfertigen“. Die russische Truppenpräsenz sei angeblich um „bis zu 7000 Soldaten erhöht“ worden. Zahlreiche Politiker, auch aus Deutschland, schlossen sich den Behauptungen an.

Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. Nato-Staaten und einige andere Länder kritisieren Russlands Truppenbewegungen auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Die Nato beschloss den Ausbau ihrer Truppenpräsenz im östlichen Bündnisgebiet.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/02/10/5386858_0:178:2733:1715_1920x0_80_0_0_8ca05d84376a528fa713f94f17d4a4c8.jpg

Mil-Inr.info: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 20. Februar 2022

Gegen 5 Uhr morgens am 20. Februar haben Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade einen Versuch unternommen, die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Pionerskoje anzugreifen, wobei sie den Fluss Sewerskij Donez überqueren mussten. Im Ergebnis eines Gefechts erlitt der Gegner Verluste und zog ab.

Die verbrecherischen Aktivitäten der ukrainischen bewaffneten Formationen haben zur Vernichtung fünf Wohnhäusern und zu Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt. Zusätzliche Informationen werden noch ermittelt.

snaneews.de: Erneuter Angriff auf Donbass: Ukrainisches Militär nimmt Chemiewerk unter Beschuss

Ukrainische Streitkräfte haben in der Nacht zum Sonntag erneut das Feuer im Donbass eröffnet. Wie die Regierung der selbsternannten Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mitteilte, ist ein Chemiewerk unter Beschuss geraten.

Acht Granaten mit einem Kaliber von 120 Millimeter wurden auf das Chemiewerk Donezk und zwölf weitere Granaten mit dem gleichen Kaliber auf die Wohnsiedlung Spartak abgefeuert. Diese Geschossart ist durch die Minsker Abkommen verboten.

Zuvor sei das Territorium der Volksrepublik Donezk seit Mitternacht 18-mal angegriffen worden, wobei 204 Geschosse mit den Kalibern 120 und 122 Millimeter eingesetzt wurden, hieß es weiter.

Situation im Donbass

Die Lage an der Trennlinie in der Konfliktregion Donbass hat sich in dieser Woche bedrohlich zugespitzt. Kiew ignoriert alle zuvor erzielten Vereinbarungen und hat einen Großteil seiner Armee an der Grenze zu den selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk zusammengezogen. Die von der Volksmiliz kontrollierten Territorien werden regelmäßig unter massiven Beschuss genommen, darunter unter Einsatz von durch die Minsker Abkommen verbotenen Waffen.

Wegen der akuten Gefahr eines möglichen Einmarsches der ukrainischen Armee auf das Territorium der beiden Republiken hatten deren Behörden angeordnet, die Zivilbevölkerung – allen voran Kinder, Frauen und ältere Menschen – nach Russland, in das benachbarte Gebiet Rostow zu evakuieren.

Der Konflikt im Osten der Ukraine dauert bereits seit acht Jahren an. In dieser Zeit kamen

nach UN-Angaben etwa 14.000 Menschen ums Leben, hauptsächlich auf dem Territorium der beiden nicht anerkannten Republiken. Rund 44.000 Bewohner wurden verletzt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/13/5428211_0:176:3017:1873_1920x0_80_0_0_45507_034fcbe41f2e692c74637c0fb5a.jpg

Mil-Inr.info: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 20. Februar 2022**

Die ukrainischen Kämpfer haben die **Desinformationskampagne gegen die Republiken verstärkt**, in deren Rahmen die Kiewer Propagandisten die Verbreitung Falschinformationen intensiviert haben. Es reicht, an die geplanten und inszenierten Beschuldigungen der Volksmiliz der LVR bezüglich des Beschusses eines Kindergartens auf dem von Kiew kontrollierten Territorium zu erinnern, wonach wir überzeugende Beweise mit einer detaillierten Darstellung des Beschusses, dass das zivile Objekt mit den sich dort befindenden Kindern von Kämpfern der 79. Luftsturmgruppe beschossen wurde, vorlegten. Gerade aus diesem Grund hat die ukrainische Seite Beobachter der OSZE-Mission nicht zum Ort der Zerstörung gelassen, um die Spuren des Verbrechens zu verbergen.

Am nächsten Tag brachten die ukrainischen Propagandisten eine inszenierte Beschuldigung gegenüber der Volksmiliz der LVR über angeblichen Beschuss eines humanitären Konvois des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz am KPP „Stschastje“ vor, wobei das Rote Kreuz diese Information offiziell dementiert hat.

Erstaunlicherweise fielen diese aufsehenerregenden Ereignisse, die von der ukrainischen Seite verkündet wurden, mit der Teilnahme des Präsidenten der Ukraine an der Münchner Sicherheitskonferenz zusammen, was es erlaubt die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Kiew Argumente vorbereitet, um die Notwendigkeit einer Angriffsoperation der ukrainischen Streitkräfte im Donbass gegenüber dem Westen zu rechtfertigen.

Trotz der Erklärung Selenskij auf der Münchner Konferenz über die Absichten, den Konflikt im Donbass nur auf friedlichem Weg zu regeln, haben die ukrainischen bewaffneten Formationen heute Morgen mit Artillerieunterstützung den Fluss Sewerskij Donez überquert und einen Versuch unternommen, die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Pionerskoje** anzugreifen.

Unsere Verteidiger wehrten die Angriff ab und warfen den Gegner auf die zuvor eingenommenen Positionen zurück. Verluste unter dem Personal gibt es nicht.

Leider **starben infolge der Aggression der Kiewer Kämpfer zwei Zivilisten**, fünf Wohnhäuser wurden zerstört.

rusvesna.su: **Abgeordneter der Staatsduma nannte den voraussichtlichen Zeitpunkt einer möglichen Offensive der Streitkräfte der Ukraine**

Die Offensivoperationen der Streitkräfte der Ukraine könnten in der Nacht vom 20. auf den 21. Februar mit Angriffen auf Donezk und Lugansk aktiviert werden. Wiktor Wodolazkij, erster stellvertretender Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, eurasische Integration und Beziehungen zu Landsleuten, sagte dies gegenüber TASS.

„Rechter Sektor* und die Streitkräfte der Ukraine bewegen sich zunehmend in Richtung Lugansk und Donezk. Dies deutet darauf hin, dass in naher Zukunft, womöglich in dieser Nacht, die Offensiven entlang dieser Linien intensiviert werden.

Es tritt ein, worüber die Führung des DVR gesprochen hat. Auf der Gegenseite ist der Wunsch unübersehbar, groß angelegte Feindseligkeiten zu beginnen: Alle diese Verlagerungen erfolgten an Orten, an denen sie in der vergangenen Nacht mit schwerer Artillerie Schneisen in Minenfelder geschossen haben“, sagte Wodolazkij.

Er erwähnte auch den gescheiterten Versuch, die Streitkräfte der Ukraine, in der LVR in der Nähe des Dorfes Pionerskoje durchzubrechen. Wie bereits berichtet, starben infolge dieser blutigen Provokation der ukrainischen Invasoren Zivilisten im Dorf.

Wodolazkij fügte hinzu, dass in Richtung Donezk ähnliche Versuche von polnischen und britischen Söldnergruppen unternommen wurden, ein Versuch, in der Region Nowomichailowka durchzubrechen, wurde im Kampf vereitelt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_679.jpg

Dan-news.info: Bei der Bearbeitung operativer Informationen am 19. Februar 2020 durch Mitarbeiter der Spezialkräfte des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR in Donezk wurde eine **Diversions- und Terrorgruppe des Gegners gestoppt, die Sprengungen an Elektrounterstationen, Gasleitungen und Filterstationen auf dem Territorium der Republik plante**, teilte das MfS der DVR mit.

Beim Versuch der Festnahme leisteten die Diversanten bewaffneten Widerstand, dabei erlitten zwei Soldaten der Spezialkräfte Schussverletzungen.

rusvesna.su: **Es riecht sehr stark nach Schießpulver, Europa wird in den Krieg gedrängt - Verteidigungsminister von Belarus**

Unsere Nachbarländer werden außerplanmäßig mit modernsten Waffen „aufgepumpt“, diese Meinung äußerte der Verteidigungsminister der Republik Belarus, Generalleutnant Viktor Chrenin, bei der Zusammenfassung der vorläufigen Ergebnisse der abgeschlossenen gemeinsamen operative Übung „Vereinte Entschlossenheit 2022“.

„Auf dem Territorium benachbarter Staaten wurden zahlreiche Gruppierungen von Truppen und Kräften gebildet, einschließlich solcher aus Drittstaaten. Die Reaktionszeit zur Bereitschaft der NATO-Einsatzkräfte wurde von sieben auf fünf Tage im Falle der sogenannten Eskalation der Lage in der Ukraine reduziert.

Unsere Nachbarländer werden eilig außerplanmäßig mit modernsten Waffen ‚aufgepumpt‘. Dabei wird modernen Offensivwaffen Vorrang eingeräumt.

Militär- und Verkehrsinfrastruktureinrichtungen wurden modernisiert. Die Anzahl der Übungen und Operationen, die in der Nähe der Grenzen des Unionsstaates durchgeführt werden, hat sich für uns unverständlich vervielfacht.

Auch ihre Ausrichtung gegen Russland und die Republik Belarus ist offensichtlich.

Die Vorstellung von der Unausweichlichkeit des Krieges mit den „östlichen Nachbarn“ ist fest im Bewusstsein des westlichen Mannes auf der Straße verankert. Gleichzeitig werden der Russischen Föderation und der Republik Belarus militaristische Bestrebungen vorgeworfen.

Der Westen weigert sich, die von Russland skizzierten ‚roten Linien‘ in der Sicherheitsarchitektur Europas zu akzeptieren, die auch für die Weißrussen relevant sind. Wir sehen, wie das Grundprinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit abgelehnt wird.

Unter den Bedingungen klar definierter ‚roter Linien‘ wird intensiv nach Wegen gesucht, diese zu umgehen. Es werden Ideen über neue Formate der militärischen Entwicklung des Territoriums der Ukraine vorgebracht.

Aus all dem folgt logischerweise eine Schlussfolgerung: In Europa riecht es sehr stark nach Schießpulver. Es wird gezielt in den Krieg gedrängt“, fasste der Verteidigungsminister der Republik Belarus, Generalleutnant Viktor Chrenin, zusammen.

Wie Russkaja Wesna berichtete, sagte der Präsident der Republik Belarus, Alexander Lukaschenko, am 18. Februar in Moskau, dass die Reaktion auf eine militärische Aggression asymmetrisch sein werde.

Armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 20.2.22 um 10:00

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **82-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**. Davon 65 mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, dabei wurden 780 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Auf das gesamte Territorium der DVR wurden mehr als 1120 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **32 Ortschaften der Republik**. Infolge des Beschusses auf Sajzewo (Jushnoje) von den Positionen der 95. Brigade wurden drei Wohnhäuser und ein Auto in der Uliza Rybalko 186 und 192 beschädigt. Durch Beschuss von den Positionen der 36. Brigade auf **Kominternowo** wurde **ein Zivilist geb. 1938, verletzt**.

Infolge eines Diversionenangriffs von Kämpfern der 24. Sturmkompanie des „Rechten Sektors“ auf die **Wassiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke wurde eine Transformatorunterstation beschädigt: Radiatoren, Anschlüsse, es trat Öl aus, außerdem geriet einer der Transformatoren in Brand.

Bei der Erfassung der Folgen des Diversionenangriffs an der Wassiljewker Pumpstation beschoss der Gegner das Gebiet, in dem sich Vertreter des GZKK der Volksmiliz der DVR und Filmteams von Massenmedien befanden. Der besondere Zynismus besteht darin, dass die ukrainischen Kämpfer sehr gut sahen, auf wen sie schießen, weil sie zur Feuerleitung eine Drohne einsetzten.

Außerdem eröffneten Kämpfer der 95. Brigade das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf die Ortschaft Sajzewo (jushnoje) als dort Journalisten von „RT Arabic“ arbeiteten.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Schirokaja Balka, Shelesnaja Balka, Sajzewo (jushnoje)** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** sowie die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade beschossen mit 120mm-Mörsern **Dolomitnoje**.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25. Brigade **Wassiljewka, Werchnetorezkoje**

(jushnoje) und **Oserjanowka** mit 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 56. Brigade haben das Feuer auf **Wesjoloje** und **Spartak** unter Einsatz von 120mm-Mörsern eröffnet.

Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade haben das Feuer auf **Alexandrowka**, **Staromichajlowka**, die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk sowie auf das **Gelände des Chemiewerks in Donezk** unter Einsatz von 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Dokutschajewsk**, **Starolaspa**, **Nowolaspa**, **Krasnyj Oktjabrj**, **Kommunarowka**, **Grigorowka**, **Petrowskoje**, **Belaja Kamenka**, **Tawritscheskoje** und **Styla** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedenen Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben **Besymennoje**, **Sachanka**, **Leninskoje**, **Dershinskoje**, **Oktjabrj**, **Sosnowskoje** und **Kominternwo** mit 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **12-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**. Davon zehnmal unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und 96 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR mehr als 126 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten abgefeuert. Unter Beschuss gerieten **acht Ortschaften** der Republik.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade das Feuer auf **Spartak** unter Einsatz von 120mm-Mörsern eröffnet.

Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade haben das Feuer auf **Staromichajlowka** und **Jelenowka** sowie auf das **Gelände eines Chemiewerks in Donezk** unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Dokutschajewsk**, **Kommunarowka** und **Nowolaspa** unter Einsatz von 120mm-Mörsern sowie verschiedenen Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben **Leninskoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen von zivilen Objekten werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden von der Vertretung der DVR im GZKK in der gültigen

Zusammensetzung operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigert, auf unsere Anfragen nach Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten der BFU zu ergreifen.

nachmittags:

snanews.de: **Serbischer Präsident warnt vor Nato-Beitrittsversuchen des Kosovo**

Serbiens Präsident Aleksander Vucic hat sich gegenüber der Agentur Tanjug zu möglichen Versuchen der Nato geäußert, Kosovo in das Militärbündnis aufzunehmen und die EU damit zur Anerkennung der Unabhängigkeit der selbst proklamierten Republik zu zwingen.

„Ich erwarte, dass jemandem in einem halben Jahr einfällt, den Kosovo in die Nato aufzunehmen und damit diese vier Länder (Griechenland, die Slowakei, Rumänien und Spanien – Anm. d. Red.) dazu zu zwingen, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen und uns vor die vollendete Tatsache zu stellen. Selbst wenn so etwas passieren sollte, wird unsere Antwort lauten: Gut, Ihr habt das anerkannt, wir aber nicht“, sagte Vucic.

Die kosovo-albanischen Behörden haben am 17. Februar den Jahrestag der 2008 einseitig proklamierten Unabhängigkeit von Serbien begangen. Es fand eine Festparade der Polizei und der paramilitärischen Sicherheitskräfte des Kosovo statt.

Der „Staat Kosovo“ besitzt laut der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates keine eigene Armee. Dabei werden die leicht bewaffneten Sicherheitskräfte des Kosovo mit materieller Unterstützung der Nato modernisiert und ausgebildet. Die Kosovo-Behörden haben zum Ziel, die paramilitärischen Einheiten in vollwertige Streitkräfte zu verwandeln, wogegen die serbischen Behörden protestieren.

Der stellvertretende Minister der Sicherheitskräfte des Kosovo, Agim Ceku, hat im November 2018 erklärt, dass die aufzustellende Armee Artillerie, Luftabwehr sowie biologischen Schutz und chemische Abwehr besitzen werde, „aber nur für Verteidigungszwecke“.

Die selbst proklamierte Republik hat im März 2021 Einheiten der Sicherheitskräfte des Kosovo zu ihrer ersten internationalen Mission im Bestand der US-Kräfte in Kuwait entsendet. Im Mai und Juni 2021 nahmen die Sicherheitskräfte des Kosovo zum ersten Mal an den großangelegten Nato-Übungen „Defender Europe 21“ teil.

Im Jahr 1999 führte die bewaffnete Konfrontation zwischen den albanischen Separatisten aus der „Befreiungsarmee des Kosovo“ sowie der Armee und der Polizei Serbiens zu Nato-Bombardierungen Jugoslawiens (es umfasste damals Serbien und Montenegro). Im März 2004 stifteten Kosovoalbaner Pogrome an, die eine massenhafte Aussiedlung von Serben aus dieser Region und die Vernichtung zahlreicher Denkmäler der serbischen Geschichte und Kultur zur Folge hatten.

Die Kosovo-albanischen Strukturen in Pristina haben am 17. Februar 2008 einseitig die Unabhängigkeit von Serbien verkündet. Die selbsternannte Republik ist von Serbien, Russland, China, dem Iran, Spanien, Griechenland und anderen Staaten nicht anerkannt worden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/0f/167319_0:159:3077:1890_1920x0_80_0_0_879cd680868c841854ded91e441549bb.jpg

de.rt.com: **Chinas Top-Diplomat Wang Yi – Ukraine sollte keine Frontlinie zwischen Großmächten sein**

Die Ukraine-Krise spitzt sich weiter zu. Während der Münchner Sicherheitskonferenz ergriff am Samstag der chinesische Außenminister Wang Yi das Wort. Dabei kritisierte er den Expansionismus der NATO. Jetzt gelte es, sich für den Frieden einzusetzen, anstatt "Krieg zu provozieren".

Zuletzt waren es vertrauliche Dokumente, die beim Thema Münchner Sicherheitskonferenz für Aufsehen sorgten. Ausgerechnet die Beratungsfirma von Konferenz-Chef Wolfgang Ischinger soll mitverdient haben, wenn sich die Entscheidungsträger die Klinke in die Hand

gaben, um mal im Plenum, mal in vertraulicher Hinterzimmer-Atmosphäre die großen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik zu erörtern. Auch den ein oder anderen Waffendeal soll Ischingers Unternehmen, die Agora Strategy Group, dabei im Sinn gehabt haben.

Doch all dies geht unter, angesichts des diesjährigen Top-Themas auf der 58. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Zum letzten Mal leitet Ischinger nun das hochrangige Treffen, bei dem es erneut um Krieg und Frieden geht: die vermeintliche russische Invasion der Ukraine.

Wenn es darum geht, die Quelle der Spannungen zu benennen, den "Aggressor" zu benennen, gibt es in den Reihen der transatlantischen Gemeinschaft keine zwei Meinungen: Russland ist es, das dieser Lesart zufolge, permanent Öl ins Feuer gießt und demzufolge von unkalkulierbaren kriegerischen Auseinandersetzungen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft profitieren würde.

Am Samstag war es dann jedoch der Außenminister des von der westlichen Staatengemeinschaft zum "systemischen Rivalen" erklärten China, der zum Thema Ukraine das Wort ergriff, um ein anderes Bild der Gesamtsituation zu zeichnen.

Zuvorderst wies der chinesische Top-Diplomat darauf hin, "dass die NATO, ein Produkt des Kalten Krieges, sich an die veränderten Umstände anpassen" müsse, da der Kalte Krieg längst vorbei sei. Es war der Ost-West-Konflikt, der die ersten 40 Jahre des 1949 gegründeten westlichen Militärbündnisses prägte.

Wang Yi stellt die rhetorische Frage, ob es "dem Frieden und der Stabilität in Europa förderlich sei, und [...] zu einer langfristigen Stabilität in Europa beitragen" werde, wenn die NATO sich noch weiter nach Osten ausdehne. Es handele sich dabei um eine sicherheitspolitische Frage, der sich die europäischen "Freunde" ernsthaft stellen sollten, so der 68-Jährige.

Ebenso unterstrich Wang Yi, "dass die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Länder geachtet und geschützt werden sollten". Dies sei seit jeher Pekings Haltung zu den Normen der internationalen Beziehungen. Chinas Position im Ukraine-Konflikt nicht direkt ansprechend, ergänzte Wang Yi, dass es sich bei anderweitigen Interpretationen chinesischer Politik um "böswillige Sensationslust und eine Verzerrung der chinesischen Position" handele.

Die chinesische Regierung hatte bereits zuvor betont, dass Russland legitime Sicherheitsinteressen formuliert habe, die es seitens der USA und ihrer Partner zu respektieren gelte. Auch was die NATO als mutmaßliches Relikt einer vergangenen Zeit anbelangt, sind sich Peking und Moskau einig.

Anfang Februar wies die chinesische Vertretung bei der EU darauf hin, dass die NATO ein Überbleibsel des Kalten Krieges sei, das weiterwachse, obwohl der Kalte Krieg vor drei Jahrzehnten endete. Dieser Ansatz des von den USA geführten Militärblocks sei "nicht förderlich für die globale Sicherheit und Stabilität". In der Erklärung hieß es weiter: "China ist der Ansicht, dass die regionale Sicherheit nicht durch die Stärkung oder Ausweitung von Militärblocks gewährleistet werden sollte."

Wang Yi betonte nun, dass es angesichts der Spannungen unerlässlich sei, zu den Minsk II-Vereinbarungen zurückzukehren und entsprechende Gespräche aufzunehmen. Immerhin handele es sich bei Minsk II um ein von den Unterzeichnerstaaten und dem UN-Sicherheitsrat gebilligtes Abkommen. Nun könne es nur um die möglichst rasche Umsetzung des Minsker Abkommens gehen.

"Alle Parteien müssen jetzt ernsthaft Verantwortung übernehmen und sich für den Frieden einsetzen, anstatt die Spannungen zu erhöhen, Panik zu schüren oder Krieg zu provozieren." Die Ukraine, ergänzte Wang Yi, sollte keine Frontlinie zwischen Großmächten sein, sondern vielmehr "eine Brücke der Kommunikation zwischen Ost und West". Was die Sicherheit Europas angeht, so steht es allen Parteien frei, ihre eigenen Bedenken vorzubringen, und die berechtigten Sicherheitsbedenken Russlands sollten respektiert und ernst genommen werden.

China hofft, dass alle Parteien den Dialog und die Konsultationen fortsetzen werden, um eine Lösung zu finden, die wirklich zur Wahrung der Sicherheit Europas beiträgt. Und während die Worte Wang Yis als diplomatisch ausgewogen und dann doch vor allem auch gegenüber der NATO kritisch gewertet werden können, wurden sie hierzulande zum Teil deutlich anders interpretiert. So fasste etwa der [Stern](#) die Worte des chinesischen Außenministers wie folgt zusammen: "Ukraine-Krise: China sendet Stopp-Signal an Putin".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62121235b480cc48301a17ea.jpeg>

rusvesna.su: **Lwow wird die Hauptstadt der Ukraine - amerikanischer Journalist**

Der amerikanische BuzzFeedNews-Korrespondent Christopher Miller stellt fest, dass Lwow vor dem Hintergrund der Gefahr einer „russischen Invasion“ schnell zur „westlichen Hauptstadt der Ukraine“ wird.

Den entsprechenden Post postete er auf Twitter.

„Lwow entwickelt sich schnell zur westlichen Hauptstadt der Ukraine und gilt angesichts der Bedrohung durch eine weitere russische Invasion als sicherer Hafen. Wir waren vor fast zwei Wochen dort und berichteten über die ersten Menschen, die ankamen, und andere, die eine Evakuierung planten, einschließlich westlicher Botschaften“, schrieb er.

Wir erinnern daran, dass wir berichteten, dass einige westliche Länder sowie das NATO-Büro in der Ukraine ihre Diplomaten nach Lemberg verlegten.

Darüber hinaus bestimmte das polnische Außenministerium die Regionen der Ukraine, aus denen die Polen dringend fliehen müssen, und durch einen seltsamen Zufall stellte sich heraus, dass es sich um Novorossia handelte.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/lvov_0.png

snanews.de: Nato-Chef zu Nichterweiterung gen Osten: In Papieren nicht festgeschrieben – daher kein Wortbruch?

Trotz eines vor Kurzem entdeckten Archivdokuments, wonach die Nato-Länder der Sowjetunion im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands den Verzicht auf eine Osterweiterung versprochen hatten, hat die Allianz laut Nato-Chef Jens Stoltenberg dieses Versprechen nicht gebrochen. Diese Bestimmung sei in keinem offiziellen Nato-Dokument festgeschrieben.

Auf die Frage eines ARD-Moderators, ob der russische Präsident Wladimir Putin da nicht Recht habe, dass die Nato zumindest ihr Wort gebrochen habe, weil das neue Dokument belege, dass es nach dem Fall der Mauer durchaus die Haltung des Westens gewesen sei, dass es eine Nato-Osterweiterung nicht geben werde, antwortete der Nato-Chef wie folgt:

„Nein. Die Nato trifft Entscheidungen gemeinsam mit 30 Alliierten. Es gibt keine Entscheidung, nirgendwo, in der die Nato-Mitglieder vereinbart haben, das aufzugeben, was im Gründungsvertrag der Nato steht. Im Washingtoner Vertrag steht eindeutig, dass jetzt europäische Länder Nato-Mitglieder werden können.“

Zuvor hatte der „Spiegel“ berichtet, dass im britischen Nationalarchiv ein Dokument aus dem Jahr 1991 gefunden wurde. Das zuvor als geheim eingestufte Dokument wurde vom US-amerikanischen Professor an der Boston University, Joshua Shiffrin, entdeckt.

In dem Text geht es um das Treffen von Vertretern der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, das am 6. März 1991 in Bonn stattfand. Bei dem Treffen ging es um die Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Staaten. Dem Dokument zufolge stimmten die Teilnehmer des Treffens darin überein, dass die Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder in der Nato „inakzeptabel“ sei.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/14/5438611_0:0:2969:1671_1920x0_80_0_0_b1cd583254a8b406bd829fcfd131bb99.jpg

novorosinform.org: Der Kreml erklärte Putins Weigerung, Selenskij als Gesprächspartner anzunehmen

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow sprach über die Gründe für die Weigerung Moskaus, mit dem derzeitigen Präsidenten der Ukraine in Dialog zu treten.

Der russische Präsident Wladimir Putin betrachtet den derzeitigen ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij nicht als Gesprächspartner. Dies teilte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow im Rahmen des Moskauer Kreml-Putin-Programms mit.

„Putin hat im Moment allen Grund, Präsident Selenskij nicht als eine Person zu betrachten, die bereit, fähig und willens ist, das Minsker Maßnahmenpaket umzusetzen. Wenn wir alle Äußerungen Selenskij zusammenfassen, folgt daraus, dass er es – a nicht kann, -b nicht will und -c nicht tun wird“, erklärte Peskow.

Der Kreml-Sprecher erinnerte auch daran, dass Russland keine Partei des Donbass-Konflikts ist, also sollte Kiew mit Lugansk und Donezk verhandeln, aber das passiert nicht.

In dieser Hinsicht, bemerkte Peskow, sei Moskau verwundert über Selenskijs Versuche, mit Russland zu verhandeln.

„Wir stellen eine Frage – was schlagen Sie vor zu diskutieren, wir erhalten keine Antwort“, fügte der Pressesprecher des Präsidenten hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/94/46/39446_720x405.jpg

snews.de: **Politiker fordern Ausbau der militärischen Zusammenarbeit in der EU**

Inmitten des Ukraine-Konflikts haben sich hochrangige Politiker aus verschiedenen Ländern für einen Ausbau der militärischen Zusammenarbeit in der EU ausgesprochen.

Die Deutsche Presse-Agentur berichtete von den Aussagen der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, ihrer französischen Amtskollegin Florence Parly und des EU-Außenbeauftragten Josep Borell.

Demnach äußerte die deutsche Verteidigungsministerin am Sonntag bei der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Deutschland ein verlässlicher Partner sei, der seine Militärausgaben erhöhen werde.

„Wir werden kontinuierlich diese Verteidigungsausgaben auch erhöhen“, so Lambrecht bei einer Diskussionsrunde zur Zukunft der EU-Sicherheits- und Außenpolitik.

Sie lobte das Ziel der Ampelkoalition, künftig drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung, Diplomatie und Entwicklungshilfe auszugeben. Das Drei-Prozent-Ziel würde helfen, Verteidigungsausgaben und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam zu betrachten. Auch die französische Verteidigungsministerin Florence Parly sprach sich für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. In der EU gebe es für Ausgaben weniger militärische Leistungsfähigkeit als in den USA. Kostentreiber sei die Vielzahl der unterschiedlichen Systeme.

„Wir brauchen ein stärkeres Europa im Bereich Sicherheit und Verteidigung“, forderte Parly.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell kritisierte ebenfalls die militärische Handlungsfähigkeit der EU. Die EU gebe viermal so viel wie Russland für Verteidigung aus und fast so viel wie China, doch sei sie nicht entsprechend militärisch handlungsfähig, „weil das alles zu fragmentiert ist“. Die künftigen politischen Verhältnisse würden durch den Ukraine-Konflikt bestimmt werden. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen werde entscheiden, ob eine machtbasierte Politik mit Einflusszonen bestimmend werde.

Waffenlieferungen im Kontext des Ukraine-Konflikts

In Bezug auf die Forderungen der Ukraine nach deutschen Waffenlieferungen betonte Lambrecht, dass die Mehrheit der Deutschen einer restriktiven Waffenpolitik zustimme. Für eine Stärkung der Ukraine sei nicht notwendig, dass alle Länder das Gleiche machen. Unter

bestimmten Umständen könne es auch zu Verschärfungen in der deutschen Waffenpolitik kommen.

„Wir haben 80 Prozent Zustimmung in Deutschland für diese restriktive Politik“, so Lambrecht.

Mehrere Staaten führen zurzeit Waffenlieferungen an die Ukraine durch, beispielsweise Kanada, Großbritannien, die USA und Polen. Estland kündigte zusammen mit Lettland und Litauen eine Lieferung von in den USA hergestellten Waffensystemen an Kiew an. Die Bundesregierung berät seit Wochen über eine mögliche Zulassung der Weitergabe von Waffen deutscher Herkunft an die Ukraine.

Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. Nato-Staaten und einige andere Länder kritisierten Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Russland machte mehrfach deutlich, dass kein Angriff auf die Ukraine geplant oder beabsichtigt sei.

Moskau berichtete von einem Teilabzug russischer Truppen im Süden und Westen des Landes. Das Weiße Haus bezeichnete dies als „falsch“ und sprach von einer Erhöhung der Truppenpräsenz. Laut russischem Außenministerium sei die Behauptung der USA ein Vorwand für die Entsendung zusätzlicher Truppen in den Osten und für die Aufrüstung der Ukraine. Die Nato beschloss den Ausbau ihrer Truppenpräsenz im östlichen Bündnisgebiet. Zugleich melden die Donezker und Lugansker Volksrepubliken einen verstärkten Beschuss seitens ukrainischer Streitkräfte, unter anderem mit durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Munition. Angesichts der eingeleiteten Massenevakuierung der Bevölkerung der Volksrepubliken erklärten sich mehrere russische Regionen am Freitag zur Aufnahme von Evakuierten bereit.



https://cdn1.snaneuws.de/img/07e6/01/19/5122254_0:141:3143:1908_1920x0_80_0_0_3b5086e8a1b7fa8ab6ccb53123a63452.jpg

armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch. Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter intensiv zivile Infrastruktur und Lebenserhaltungsobjekte unserer Republik. **Seit Beginn des heutigen Tages hat die ukrainische Seite 29-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet.** Davon 23 mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern, dabei wurden 254 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR mehr als 425 Artillerie-, Mörser- und sonstige Geschosse abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik.

Es ist notwendig anzumerken, dass die ukrainischen Kämpfer beim Beschuss von Sajzewo (jushnoje) 30mm-Geschosse RHV-HEF für automatische Granatwerfer einsetzen, die aus dem bulgarischen Werk „Arsenal“ stammen.

Dieser Sachverhalt ist eine klare Bestätigung dafür, dass der Westen die Ukraine mit tödlichen Waffen vollpumpt, um mit deren Hilfe friedliche Einwohner der Republiken zu vernichten.

de.rt.com: **Ukrainischer Präsident befürwortet Waffenstillstand im Donbass**

Über Twitter hat sich der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij für einen Waffenstillstand im Donbass ausgesprochen. Dies habe er ebenfalls in einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron geäußert.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine Reihe von Möglichkeiten zur Lösung der Situation im Donbass vorgeschlagen, insbesondere die Einhaltung eines Waffenstillstands. Dies teilte Selenskij auf seinem Twitter-Account mit.

Selenskij erklärte, dass Kiew den Friedensprozess und die sofortige Einberufung einer Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe für den Donbass befürworte.

Am 20. Februar wies der Kreml auf die mangelnde Bereitschaft des ukrainischen Präsidenten hin, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte insbesondere, dass Selenskij sich niemals mit der Führung der nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DNR und LNR) an den Verhandlungstisch gesetzt hatte.

Selenskij und Macron hatten sich am 8. Februar im Marien-Palast in Kiew getroffen. Nach den Gesprächen erklärte der französische Staatschef, dass der ukrainische Präsident seine Bereitschaft zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen bekundet hätte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621253fdb480cc21f448b57a.jpg>

snanews.de: **Premierminister Johnson: Russland plant größten Krieg seit 1945**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat in einem Interview für den Sender BBC Russland vorgeworfen, „den größten Krieg seit dem Jahr 1945“ zu planen.

„Alles deutet darauf hin, dass der Plan in gewisser Weise bereits begonnen hat“, so der Premierminister.

Die Aufklärungsdienste weisen laut Johnson darauf hin, dass Russland eine Invasion plant, bei der die ukrainische Hauptstadt Kiew eingekreist werden soll.

„Die Menschen müssen verstehen, was das an Menschenleben kosten kann“, betonte der Politiker.

Der Premierminister sprach von München aus, wo die Staats- und Regierungschefs der Welt

zur jährlichen Sicherheitskonferenz zusammenkommen.

Der Premierminister warnte davor, dass der Konflikt „blutig und langwierig“ sein könnte und dass der russische Präsident Wladimir Putin möglicherweise „unlogisch darüber nachdenkt“ und die „Katastrophe nicht sieht“.

„Ich denke, wir alle müssen jetzt erst einmal begreifen, was für eine Katastrophe das für Russland wäre“, fügte er hinzu.

Johnson deutete an, dass das Vereinigte Königreich und die USA weitergehende Sanktionen gegen Russland verhängen würden als bisher vorgeschlagen, einschließlich der Unterbindung des Handels mit Unternehmen in Pfund und Dollar - ein Schritt, der es laut ihm „sehr, sehr hart treffen würde“.

Der Politiker fügte hinzu:

„Die Lehre aus (der russischen Annexion der Krim von der Ukraine) im Jahr 2014 ist, das man Wladimir Putin nicht einfach davonkommen lassen kann.“

Eine Invasion in die Ukraine würde die Nato eher stärken als schwächen, prophezeite er.

„Wenn er (Putin) glaubt, dass er im Endeffekt dadurch weniger Nato bekommt, liegt er völlig falsch. Er werde mehr Nato bekommen.“

Der Kreml und das russische Außenministerium hatten ihrerseits wiederholt darauf verwiesen, dass die Falschinformation über eine „russische Aggression“ dem Ziel dienen, die Masse fremder Truppen vor den russischen Grenzen aufzustocken. Die Hauptursache für die Eskalation in der Ukraine seien die Handlungen der USA und der Nato, die Militärberater sowie Waffen und Kampftechnik in die Ukraine schicken und die Anzahl an Militärübungen dort vergrößern und dadurch Kiew zu militärischen Abenteuern anstiften, wurde betont.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/14/5440172_0:0:2048:1153_1920x0_80_0_0_dcb68815fb6972398c352560764134b4.jpg

Mil-Inr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 20. Februar 2022

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt weiter angespannt.

Allein in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 49-mal das Regime der Feueinstellung verletzt und 26 Ortschaften der Republik beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer 18-mal das Regime der Feueinstellung verletzt und 14 Ortschaften beschossen: **Kalinowo, Wesjolaja Gora, Solotoje-5, Slawjanoserbsk, Donezkij, Wesjologorowka, Obosnoje, Golubowskoje, Pionerskoje, Sokolniki, Nishneje Losowoje, Logwinowo, Sholtoje, Christowoje.** Dabei wurden 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt und mehr als 200 Geschosse abgefeuert.

Außerdem geht der **Terror gegen die Zivilbevölkerung** von Seiten der ukrainischen Strafruppen weiter.

So wurde heute in der Folge eines Beschusses durch Kämpfer der 57. Panzergrenadierbrigade mit 82mm-Mörsern von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoe aus in Richtung Donezkij eine Stromleitung der Unterstationen Miachajlowka und Petrodonezkaja Nr. 1 beschädigt. Mehr als 1000 Verbraucher in Donezkij und Golubowskoje haben keinen Strom.

de.rt.com: **Putin und Macron einigen sich auf diplomatische Schritte zur Deeskalation der Ukraine-Krise**

Die diplomatischen Bemühungen um die Deeskalation der Ukraine-Krise dauern auch am Wochenende an. Am Sonntag ist es zu einem längeren Telefonat der Präsidenten Russlands und Frankreichs, Wladimir Putin und Emmanuel Macron, gekommen. Davor und danach hat Macron mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij telefoniert.

Die Präsidenten Russlands und Frankreichs, Wladimir Putin und Emmanuel Macron haben am Sonntag miteinander telefoniert. Wie es aus dem Élysée-Palast hieß, dauerte das Telefonat rund eine Stunde und 45 Minuten.

Laut der Pressemitteilung, die der Élysée-Palast unmittelbar nach dem Telefonat veröffentlichte, seien dabei konkrete Durchbrüche bei der Suche nach einer diplomatischen Lösung der Krise rund um die Ukraine gelungen.

Nach Darstellung der französischen Seite hätten sich die Präsidenten auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Rahmen des Normandie-Formats auf der Grundlage der Vorschläge, die die Ukraine in den letzten Tagen gemacht hat, verständigt. Schon in den nächsten Stunden solle die Dreier-Kontaktgruppe in Minsk einen Waffenstillstand an der Kontaktlinie im Donbass aushandeln. Außerdem sollen sich die Außenminister Frankreichs und Russlands Jean-Yves Le Drian und Sergej Lawrow in den nächsten Tagen treffen.

Die Präsidenten seien gegenseitig "feste Verpflichtungen" eingegangen, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, um "eine Eskalation zu verhindern, Risiken zu verringern und den Frieden zu bewahren", schließt die Mitteilung des Élysée-Palastes.

Weitaus zurückhaltender ist die Darstellung, die der Kreml zu den Ergebnissen der Telefonate veröffentlicht hat. Die Präsidenten hätten Besorgnisse ob der derzeitigen Spannungen ausgetauscht und sich auf die Fortsetzung der Kontakte verständigt, heißt es dort.

Dabei habe der russische Präsident darauf hingewiesen, dass die Eskalation durch Provokationen der ukrainischen Sicherheitskräfte verursacht wurde. Er wies auf die laufende Versorgung der Ukraine mit modernen Waffen und Munition durch die NATO-Länder hin, die Kiew zu einer militärischen Lösung des sogenannten Donbass-Problems drängen.

Infolgedessen leidet die Zivilbevölkerung in den abtrünnigen Volksrepubliken und muss nach Russland evakuiert werden, um dem zunehmenden Beschuss zu entgehen.

Es wurde erneut betont, schreibt das russische Präsidialamt, dass Kiew den Verhandlungsprozess nur imitiert und sich hartnäckig weigert, die Minsker Vereinbarungen und die im Normandie-Format getroffenen Vereinbarungen umzusetzen.

Angesichts der Dringlichkeit der Situation kamen die Präsidenten nach Darstellung der russischen Seite überein, dass es ratsam wäre, die Suche nach diplomatischen Lösungen über die Außenministerien und politischen Berater der Staatsoberhäupter der Länder des Normandie-Formats zu intensivieren. Diese Kontakte sollen dazu beitragen, den Waffenstillstand wiederherzustellen und Fortschritte bei der Lösung des Konflikts um den Donbass zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund bekräftigte Wladimir Putin die Notwendigkeit dessen, dass die Vereinigten Staaten und die NATO die Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien ernst nehmen und ihnen konkret und substanziell nachkommen. Soweit die offizielle Verlautbarung des Kreml.

Auf Anfrage von RT DE erklärte das russische Außenministerium, dass man die Ergebnisse des Telefonats von Macron und Putin derzeit nicht kommentiere, und verwies auf die offizielle Pressemitteilung der Präsidentschaftsadministration. Die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa antwortete RT wie folgt:

"Das Ergebnis der Gespräche zwischen Präsident Putin und Präsident Macron wurde vielfach interpretiert. Wir möchten darauf hinweisen: Alles, worauf sich die Parteien bei den Kontakten auf höchster Ebene geeinigt haben, ist in dem Bericht des Pressedienstes des Kreml enthalten".

Unmittelbar nach seinem Telefonat mit dem russischen Präsidenten hat Präsident Macron erneut mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodimir Selenskij telefoniert. Zum Inhalt dieser Unterhaltung heißt es in der Pressemitteilung der französischen Seite lediglich: "Der Präsident der Republik lobte erneut die Gelassenheit seines Gesprächspartners und seine Entschlossenheit, eine Eskalation zu verhindern".

Erst am Vorabend hatte Macron mit Selenskij telefoniert, der die Dialogbereitschaft seines Landes im Konflikt mit Russland betont hatte. Wie es in Paris hieß, sicherte Selenskij zu, nicht auf "Provokationen der Separatisten" in der Ostukraine zu reagieren.



<https://cdn.rtl.com/deutsch/images/2022.02/article/62125e75b480cc3f51619c6b.jpg>

snanews.de: **Ausstieg aus Budapester Memorandum? Experte beschreibt unvermeidliche Folgen für Kiew**

Sollte die Ukraine das Memorandum von Budapest als ungültig anerkennen, könnte das Land versuchen, eine „schmutzige Bombe“ zu schaffen, sagte der stellvertretende Direktor des russischen Instituts für GUS-Länder, Wladimir Scharichin.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hatte am Samstag bei der Münchner Konferenz erklärt, er werde [Verhandlungen](#) der Teilnehmer am Budapester Memorandum zur Gewährleistung der Sicherheit initiieren. Der Außenminister sei beauftragt worden, die Verhandlungen einzuberufen.

Sollten die Verhandlungen nicht stattfinden oder keine Sicherheitsgarantien für Kiew bringen, „wird die Ukraine das volle Recht haben, das Budapester Memorandum als unwirksam zu betrachten. Dann würden alle Verbundlösungen vom Jahr 1994 in Frage gestellt“, sagte Selenski.

Laut dem Experten verfügt die Ukraine selbstverständlich über Uran. „Sie haben abgearbeitete Brennelemente aus ihren Atomkraftwerken. Sie könnten die sogenannte ‚schmutzige Bombe‘ daraus herstellen, das heißt keine Sprengladung, sondern eine Ladung zur nuklearen Verseuchung“, erläuterte der Experte. Dies könnte zur Folge haben, dass „Russland und die Vereinigten Staaten ihnen (der Ukraine) einen überaus kräftigen Schlag versetzen würden“.

Dadurch könnte die Ukraine den Status eines Schurkenstaates bekommen, fügte der Experte

hinzu. „Diese (Aussage Selenskis über das Budapester Memorandum – Anm. d. Red.) ist eine Art diplomatisch-terroristische Aktivität, die dazu da ist, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu bleiben“, so Scharichin.

Danach gefragt, ob ein Szenario, bei dem die Ukraine Nuklearwaffen besitzen könnte, möglich sei, sagte der Experte: „Es ist natürlich unmöglich.“ „Niemand wird ihnen erlauben, so etwas zu tun“, fügte er hinzu.

Kiew hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 ein bedeutendes Nukleararsenal geerbt. Im Jahr 1994 unterzeichneten die Ukraine, Russland, die USA und Großbritannien das Budapester Memorandum, das als internationales Abkommen über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum Kernwaffensperrvertrag diente.

Dementsprechend wurde das Nukleararsenal auf ukrainischem Territorium vernichtet, und die Nuklearmächte verpflichteten sich, für Kiew Sicherheit zu garantieren.



https://cdn1.snews.de/img/07e6/01/1a/5143017_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_1d56fc020e4b7a17e9c2690ae74593e9.jpg

snews.de: **Kiew fordert von EU Klarheit über Mitgliedschaftsperspektive für Ukraine**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba besteht darauf, dass die EU die Perspektive der Mitgliedschaft der Ukraine offiziell nennen soll, was ein Signal für Russland wäre.

„Faktisch ein Drittel der EU-Mitglieder haben offiziell eine europäische Perspektive für die Ukraine unterstützt. Bei allen meinen Treffen mit europäischen Kollegen am Vortag sagte ich einfache Worte zu ihnen: Kollegen, es ist an der Zeit, der Ukraine die europäische Perspektive zukommen zu lassen. Klar zu bestimmen und klar zu sagen, dass die Ukraine Mitglied der EU wird.“

Das muss man gerade jetzt tun, denn das soll ein deutliches Signal an Russland sein: was es auch tun und zu welchen Provokationen greifen möge, die Ukraine ist ein europäisches Land in aller Hinsicht und wird Mitglied der Europäischen Union sein“, sagte Kuleba bei einem Online-Briefing am Sonntag.

Die Werchowna Rada der Ukraine hatte im Dezember 2014 Änderungen an zwei Gesetzen vorgenommen, indem sie auf den blockfreien Status verzichtete. Im Februar 2019 hat das Parlament die Änderungen verfassungsmäßig verankert und damit den Kurs des Landes auf einen EU- und Nato-Beitritt festgelegt. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5406705_0:215:3146:1985_1920x0_80_0_0_95acab5682aecb827b2021019d815955.jpg

snanews.de: „Element provokanter Natur“: Kremlsprecher zu „Invasionsdaten“ in Bezug auf Ukraine

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat sich in einem Interview mit dem russischen TV-Sender Rossija 1 am Sonntag dazu geäußert, dass im Westen immer wieder die Daten für die „russische Invasion“ in die Ukraine bekanntgegeben werden. Dabei sprach er von verschiedenen diesbezüglichen Versionen.

Es gebe verschiedene Theorien, warum dies getan werde, sagte Peskow. Auch eine Version aus dem Bereich der Verschwörungstheorien sei darunter, welche aber tadellos aufgebaut worden sei.

„Also, da ist die Ukraine, welche durch einen bewaffneten Putsch ihre territoriale Integrität verloren hat. Und die Ukraine, deren konzeptionelle politische Dokumente den Einsatz von Gewalt bei der Rückholung der verlorenen Gebiete erlauben. Dabei sehen wir, dass die Nato, die USA und Großbritannien reihenweise Frachtflugzeuge vollgestopft mit Waffen, Munition usw. schicken. Und zugleich decken sie diplomatisch und politisch den Rücken“, so der Kremlsprecher.

Es würden „höllische Sanktionen“ ins Spiel gebracht, wenn die Grenze zu der Ukraine überschritten würde. Es werde zudem behauptet, dass Russland zum Paria werden würde.

„Provoziert dies nicht die Ukraine, das Donbass-Problem mit Gewalt zu lösen? Alle Entwicklungsmomente zeugen davon. Das ist eine der Theorien. Das sind nicht meine Aussagen. Aber ich weiß nicht, wie ich diese täglichen oder mehrmals täglich (gemachten – Anm. d. Red.) (...) absurden Übungen (bezüglich der „Invasionsdaten“ – Anm. d. Red.) sonst erklären soll“, fügte Peskow hinzu.

Ihm zufolge achtet der Präsident Wladimir Putin selbst nicht darauf.

„Aber im Allgemeinen sind solche Äußerungen natürlich so ein Element provokanter Natur. Tatsache ist, dass dadurch direkt Spannungen geschürt werden“, so der Kremlsprecher weiter. Russland habe viele Kriege überstanden, und es sei „das letzte Land in Europa, das überhaupt (über den Krieg – Anm. d. Red.) sprechen und (...) das Wort 'Krieg' aussprechen will“.

Laut Peskow ruft Moskau den Westen zur Vernunft auf. Dabei stellte er fest, dass Russland in seiner Geschichte noch nie jemanden angegriffen habe.

„Wir fordern auf, sich die Frage zu stellen: Was bringt es Russland, wenn es jemanden angreift? Wir laden ein, sich an die Geschichte zu erinnern. Und wir erinnern daran, dass Russland im Laufe seiner Geschichte niemals jemanden angegriffen hat“, sagte der Kremlsprecher.

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands an der Grenze zur Ukraine zum

Ausdruck gebracht. Moskau weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlegen würde. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Geschichten über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/11/195103_0:170:3039:1879_1920x0_80_0_0_a7723900e271466486207aea3b0a9df8.jpg

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand am 20. Februar um 18:00 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch. Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter intensiv zivile Infrastruktur und Lebenserhaltungsobjekte unserer Republik. **Seit Beginn des heutigen Tages hat die ukrainische Seite 37-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet.** 29-mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm- Mörsern und dabei 329 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden mehr als 527 Artillerie-, Mörser- und sonstige Geschosse auf das Territorium der DVR abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **20 Ortschaften** der Republik.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren **unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern und die Feuerstellungen des Gegners zu unterdrücken.**

Die Verstöße wurden operativ der Vertretung der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigert, auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten der BFU zu ergreifen.

snnews.de: Ukraine bekommt am meisten EU-Geld – Borrell

Für kein anderes Land hat die Europäische Union laut dem Hohen Vertreter der Union, Josep Borrell, mehr Geld ausgegeben als für die Ukraine, die seit 2014 mehr als 17 Milliarden Euro erhalten haben soll.

„Wir koordinieren unsere Aktivitäten mit der Ukraine so intensiv wie mit keinem anderen Land. Wir haben das Land finanziell unterstützt. 17 Milliarden Euro sind eine ganze Menge Geld“, sagte der EU-Vertreter am Sonntag auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

Brüssel unterstütze Kiew mit Finanzhilfen seit 2014 nach der Krim-Krise. Es gebe auch ein

sehr tiefes Assoziierungsabkommen. Borrell zufolge besteht die EU derzeit weiterhin auf Reformen in Kiew, um die Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken.

Am Mittwoch hatte das EU-Parlament zudem für weitere 1,2 Milliarden Euro Auszahlung für das Land gestimmt. Dieses Geld soll angesichts „der Bedrohung durch Moskau“ die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Ukraine sichern.

Am Donnerstag war die Situation um die Ukraine eskaliert, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk meldeten verstärkte Angriffe seitens der ukrainischen Streitkräfte sowie Versuche von Provokationen. Aus diesem Grund hatten am Freitag die Chefs der Republiken eine Massenevakuierung ihrer Bevölkerung nach Russland angekündigt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg

Armiyadnr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Kämpfer vernichten weiter zielgerichtet Objekte der zivilen Infrastruktur und terrorisieren die Zivilbevölkerung der Republik.

Infolge von Beschuss durch Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade mit 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk wurde ein Wohnhaus in der Uliza Klubnaja 35a beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur und Opfer unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Wir fordern von der Führung der Vertretungen der OSZE und der UN in der DVR, diesen terroristischen Akt zu registrieren und die Aktivitäten der Kämpfer zu bewerten. Das ständige Verschweigen derartiger Sachverhalte und das Fehlen einer Reaktion von Seiten der internationalen Organisationen macht den ukrainischen Terroristen die Hände frei und ermuntert sie zu neuen Verbrechen gegen die friedlichen Einwohner des Donbass.

de.rt.com: Finnischer Präsident: Keine Angst vor Russland – und kein Grund der NATO beizutreten

Der Präsident der Republik Finnland Sauli Niinistö hat sich am Sonntag in einem Interview für den Nachrichtensender CNN zur Sicherheitslage in Europa geäußert. Dabei sagte er, dass er keine Angst um die spezielle Sicherheitslage seines Landes wegen der Nachbarschaft zu Russland habe und auch einen NATO-Beitritt nicht befürworte.

Der finnische Präsident Sauli Niinistö sagte am Sonntag in einem Interview für den US-Amerikanischen Nachrichtensender CNN, er habe keine Angst, dass sein Land das nächste sein könnte, wenn der russische Präsident Wladimir Putin die militärische Aufrüstung um die Ukraine verstärkt:

"Wir haben überhaupt keine Angst. Die Situation an der finnischen Grenze und in der gesamten Ostseeregion ist im Moment recht friedlich. Wir haben keine Angst vor russischen Panzern, die plötzlich die finnische Grenze überqueren."

Besorgt zeigte er sich jedoch über den allgemeinen Zustand der Welt. Sie befinde sich in einer "fast noch kälteren Situation" als zu Zeiten des Kalten Krieges, da die Spannungen zwischen den USA und Moskau einen Siedepunkt erreicht hätten. Zu Zeiten der Sowjetunion habe sich die Welt in einer vertraglich gesicherten Balance befunden, sagte die finnische Staatsoberhaupt. Heute gäbe es nach seiner Auffassung nichts mehr, was den Weltfrieden bewahren könnte:

"Damals gab es zumindest einige Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die eine Begrenzung der Waffen und so weiter vorsahen. Jetzt haben wir eigentlich gar nichts mehr, keine Vereinbarungen mehr. Das macht die Situation meiner Meinung nach sehr viel verwundbarer."

Auf die Frage, ob er mit einer russischen Invasion in der Ukraine rechne, sagte Niinistö, er sehe drei Möglichkeiten:

"Die erste ist, dass sie irgendwie die Frage der Ostukraine regeln könnten, das Minsker Abkommen und all das. Ich denke, das ist weit weg. Die zweite Möglichkeit ist, dass wir einen ausgewachsenen Krieg erleben werden. Und die dritte Möglichkeit, die genauso schlimm ist, ist, dass wir diese Art von – wie ich es beschrieben habe – zwei Schritte vorwärts, einen zurück, erleben, die die Spannungen ständig erhöht. Und die dritte könnte im Moment – würde ich sagen – zumindest die nächstliegende sein."

Finnland ist seit dem Friedensschluss mit der Sowjetunion im Herbst 1944 der Neutralität verpflichtet und hatte auch in Zeiten, in denen der sogenannte "Eiserne Vorhang" Europa trennte, gute Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn, von denen es auch wirtschaftlich profitierte.

Finnland war im Mittelalter und der frühen Neuzeit zwischen Schweden und der russischen Republik Nowgorod umkämpft. Im Lauf des 18. Jahrhunderts kam es ganz unter russische Kontrolle und gehörte bis 1918 dem Russischen Imperium an, verfügte aber über weitreichende Autonomie, ein eigenes Parlament und eine Verfassung, die einer konstitutionellen Monarchie gleichkam. Noch unter dem Zarenregime war es das erste Land, in dem das Frauenwahlrecht eingeführt wurde.

Ein NATO-Beitritt wird in Finnland in unregelmäßigen Abständen debattiert. Zuletzt wurden angesichts der Krise um die Ukraine Stimmen laut, die das Aufkündigen der Bündnisfreiheit dieses skandinavischen Landes forderten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62127263b480cc2b870a5b97.jpg>